

In eigener Sache

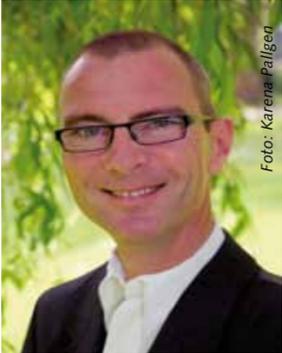


Foto: Karina Pailgen

Das kann doch nicht gut gehen

Ihr und die CDU. Die habt Ihr doch in den letzten Jahrzehnten bekämpft und wart gegen deren Entscheidungen. Und jetzt geht Ihr mit der zusammen? Damit verrätet Ihr Euch doch selbst. Ihr seid genau so machtgeil wie alle anderen. So oder ähnlich haben wir es in den letzten Monaten zu hören bekommen.

Bei dem Begriff „machtgeil“ zucke ich nur mit der Schulter. Wenn ich etwas anders machen will als andere, dann benötige ich dazu eine Mehrheit. Wir waren Jahrzehnte in der Opposition und haben sehr viele sinnvolle Anträge gestellt. Da wir keine Mehrheit hatten, wurden die Anträge abgelehnt, auch wenn sie noch so sinnvoll waren.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, diese Anliegen umzusetzen. Ist das machtgeil? Wer es so sehen will, der mag

Entscheidend ist doch, dass Haltungen, Positionen, Auffassungen und Meinungen, von denen man selbst überzeugt ist, auch umgesetzt werden. Und das geht in unserer Demokratie immer nur mit Mehrheiten.

Jetzt sind auch wir Pulheimer GRÜNEN in der Lage mit zu bestimmen. Und das freut mich. Da lasse ich mir Vorwürfe gern gefallen.

Ihr Thomas Roth



DIE GRÜNEN im Rat (v.l.n.r.): Anja von Marenholtz, Stellv. Fraktionssprecherin, Dr. Axel Nawrath, Vors. Umweltaussch., Thomas Roth, Fraktionssprecher, Friederike Heyers, Mitgl. im Tiefbau- und Verkehrsaussch., Günter Zaar, Sprecher im Tiefbau- und Verkehrsaussch., Antje de Levie, Sprecherin im Umweltaussch., Janka Wyssada, Mitgl. im Aussch. für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit, Klaus Groth, Sprecher im Planungs- und im Liegenschafts- und Hochbauausschuss.

Schwarz-Grüne Koalition

Schwarz-Grün in Pulheim

Pulheim wird neu regiert. Nach vielen Jahren einer schwarz-gelben Mehrheit hat nun eine schwarz-grüne Mehrheit in Pulheim das Sagen. Wie ist es dazu gekommen?

Das Wahlergebnis

Die GRÜNEN haben bei der Kommunalwahl am 25. Mai ein historisches Ergebnis erzielt. Mit 14,91% konnten die GRÜNEN ihr Wahlergebnis aus 2009 noch einmal um 1,17% verbessern. Die GRÜNEN haben mit 8 Ratsmitgliedern so viele Ratsmitglieder wie nie zuvor. Gleichzeitig verlor die bisherige Ratsmehrheit von CDU und FDP ca. 12% (CDU: 6,39%, FDP: 5,82%) und damit die Mehrheit im Stadtrat. Die GRÜNEN waren plötzlich das Zünglein an der Waage. Es waren Mehrheiten mit der CDU oder mit der SPD und dem Bürgerverein möglich.

Sondierungsgespräche

Die GRÜNEN hatten vor der Wahl keine Koalitionsaussage getroffen. Dementsprechend offen gingen sie in die Sondierungsgespräche mit beiden Lagern. Es waren lange, intensive und offene Gespräche. Unsere Verhandlungskommission bestand aus Klaus Groth, Anja von Marenholtz, Thomas Roth, Dr. Axel Nawrath, Antje de Levie und Uwe Zaar.

Nach jeweils zwei Verhandlungsrunden empfahl die Verhandlungskommission der grünen Mitgliederversammlung am 16. Juni, Koalitionsverhandlungen mit der CDU aufzunehmen. Die Empfehlung der Verhandlungskommission war einstimmig. Und die Versammlung erteilte dem Verhandlungsteam einstimmig das Votum für Verhandlungen mit der CDU.

Der Koalitionsvertrag

Herausgekommen ist ein Koalitionsvertrag, der eine deutlich GRÜNE Handschrift trägt. Die CDU hat nur wenige eigene Inhalte beigesteuert. Auf S. 4 dieser Zeitung ist dargestellt, wie viele Inhalte des Wahlprogramms die GRÜNEN mit der CDU vereinbaren konnten. Die Zukunft wird zeigen, ob die CDU es mit der Zusammenarbeit mit den GRÜNEN ernst meint.

Unumstritten ist das Bündnis mit der CDU auch bei den GRÜNEN nicht. Dem Koalitionsvertrag wurde von den GRÜNEN in ihrer Mitgliederversammlung am 30. Juni zwar mit großer Mehrheit zugestimmt, doch es gab auch gute Gründe gegen ein Zusammengehen mit der CDU. Dazu mehr in unserem PRO und CONTRA auf Seite 2.

Richtig und falsch

Es stimmt: Die CDU haben wir in der Vergangenheit wegen einiger Entscheidungen hart kritisiert.

Es stimmt: Mit denen versuchen wir jetzt gemeinsame Sache zu machen.

Es stimmt: Die CDU vertritt nach wie vor teilweise andere Ziele als wir GRÜNEN.

Richtig ist, dass die CDU in vielen Positionen auf uns zugegangen ist.

Richtig ist, dass wir mit der CDU neue Konzepte auf den Weg bringen wollen.

Richtig ist, dass wir GRÜNEN mit der CDU etwas verändern können.

Aber Nein, es ist falsch: Wir haben vor der Wahl keine Koalition mit der CDU ausgeschlossen.

Denn: Wir haben vor der Wahl ganz bewusst keine Koalitionsaussage getroffen.

Aber Nein, es ist falsch: Wir GRÜNEN verraten uns nicht mit einer Koalition mit der CDU.

Denn: Die Bewahrung der Schöpfung ist ein Grundkonsens von beiden Parteien.

Eines zum Schluss: Sehr viele Menschen haben uns beglückwünscht, dass wir mit der CDU zusammen gegangen sind. Aber nicht wegen der grünen Ziele, die wir umsetzen wollen. Sondern weil die CDU von den GRÜNEN lernen kann.

Aus dem Inhalt

Kommunalwahl: Schwarz-Grün in Pulheim → S. 1

Klimaschutz: Ökostrom für die Stadt → S. 1

Pro und Contra: Koalition mit der CDU → S. 2

Interview Bürgerinitiative: Alternative Stromtrasse? → S. 2

Braunkohletagebau: Tickende Zeitbomben? → S. 2

Kita-Plätze: Wie geht es weiter? → S. 3

Baugebiete Pulheim-Süd: Erfolg für Grüne → S. 3

Koalitionsvertrag: Vergleich mit Wahlprogramm → S. 4

Grüne Vorstandswahlen: Marenholtz und Groth bestätigt → S. 4

Rathaus

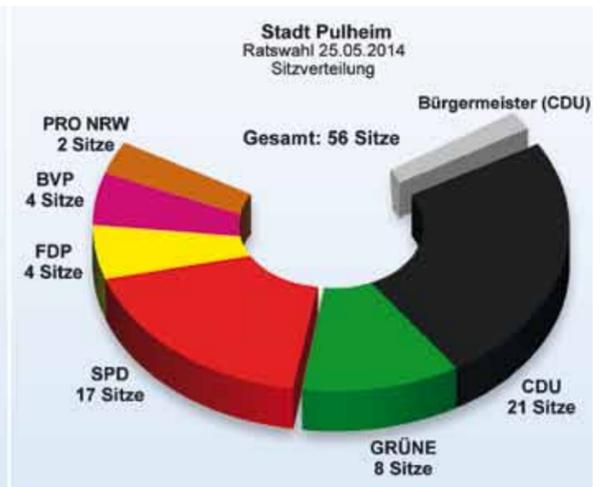
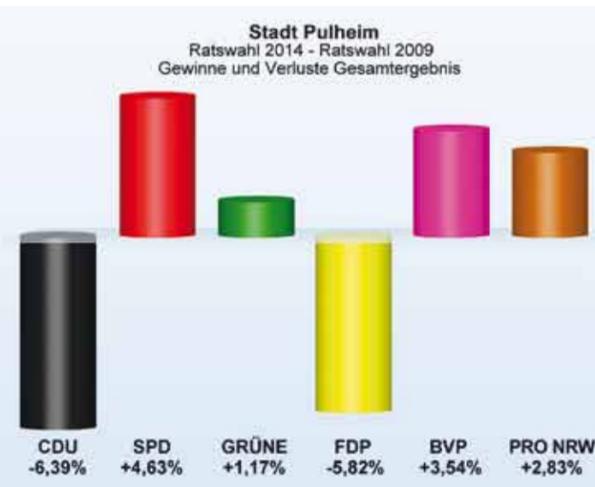
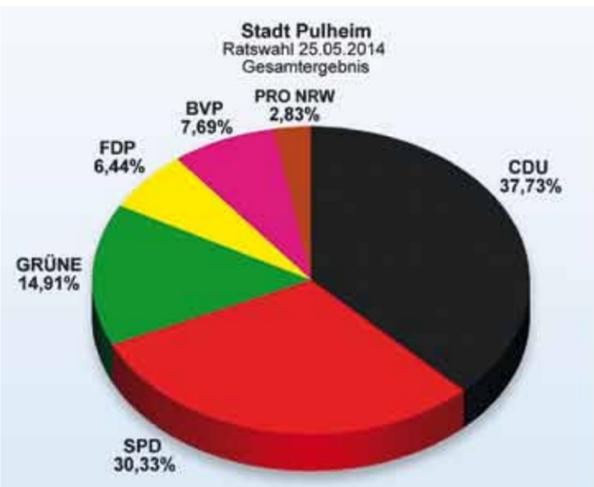


Pulheim bekommt Ökostrom

Am Anfang November war es endlich soweit. Der Rat beschloss, seinen Strom künftig ausschließlich umweltfreundlich zu beziehen. Laufende Verträge werden schnellstmöglich gekündigt. Von 2017 an wird Pulheim für alle seine Gebäude und Liegenschaften keinen Atomstrom mehr beziehen, sondern allein auf zertifizierten Ökostrom setzen. Der Ökostrom wird aus Neuanlagen stammen, damit ein sog. Green-Washing ausgeschlossen ist. Der Rhein-Erft-Kreis ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Denn er bezieht schon seit Jahren zertifizierten Ökostrom.

Besuchen Sie die nächste Ratssitzung am Dienstag, → 16. 12 2014, 17 Uhr
Adresse: Rathaus, Alte Kölner Straße 26, Pulheim.

So wählte Pulheim – die Ergebnisse



Hochspannungsfreileitungen



Geyen am Rande neuer Mega-Stromleitungen – Geht das gut?

Protest gegen geplante Hochspannungsleitung

Keine Energiewende ohne Stromleitungsausbau. Auch Geyen ist vom Ausbau der Höchstspannungsfreileitung durch die Amprion GmbH betroffen. Eine Geyener Bürgerinitiative hat ihre Einwendungen bei der Anhörung im September eingebracht. Heino Pffingsten war bei der Anhörung in den Sartory-Sälen in Köln dabei.

Grünzeug (GZ): Herr Pffingsten, was sind Ihre Befürchtungen?
Heino Pffingsten (HP): Dass keinem klar ist, was da auf uns zu kommen wird. Bis heute gibt es keine Forschungsergebnisse, die eine Auswirkung solcher Mega-Leitungen auf die Menschen dokumentieren.

GZ: Welche Vorschläge haben Sie vorgebracht?

HP: Es gibt eigentlich nur einen konkreten und sinnvollen Vorschlag: Die komplette Trasse muss weiter weg von der Wohnbebauung aufs freie Feld verschwenkt werden.

GZ: Wie hat Amprion darauf reagiert?

HP: Man hatte nicht das Gefühl, dass Amprion sich für die Bedenken der Anwohner interessiert. Vielmehr versteckten sie sich ständig hinter den Vorgaben, die neuen Leitungen müssten in der vorhandenen Trasse gebaut werden und die vorgeschriebenen Schutzstreifen würden ja eingehalten.

GZ: Was kostet Ihr Vorschlag einer Verschwenkung der Trasse?

HP: Die Kosten einer Verschwenkung in diesem Teilbereich Geyen sind im Verhältnis zum Gesamtprojekt eher zu vernachlässigen. Bei Amprion konnte ich in keinster Weise den Willen zu einer solchen Verschwenkung erkennen.

GZ: Bürgerinitiativen werden häufig für Verzögerungen beim Netzausbau und der Energiewende verantwortlich gemacht. Halten Sie das für gerechtfertigt?

HP: Auf keinen Fall! Wenn die Mitarbeiter der Firma Amprion GmbH selbst betroffen wären, würden sie ihr Recht auch wahrnehmen.

Anzeige



THOMAS ROTH

Rechtsanwälte

Ihre Partner für Ihr gutes Recht ...

- Thomas Roth** Rechtsanwalt
Familienrecht, Mietrecht, Verwaltungsrecht
- Dr. Ute Ploch-Kumpf** Rechtsanwältin*
Erbrecht
- Sylvie Chada M.A.** Rechtsanwältin*
Strafrecht, Sozialrecht, Ausländerrecht
- Andrea Sandmeier** Rechtsanwältin*
Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht
- Antje Müller** Rechtsanwältin*
Arbeitsrecht
- Andrea Heinrichs** Rechtsanwältin*
Schadensersatz, Medizinrecht

Hauptstrasse 42, 50259 Pulheim-Stommeln
 Tel. 02238 / 92 29 80, Fax 02238 / 92 29 81
 www.kanzlei-roth-partner.de, info@kanzlei-roth-partner.de
 Zweigstelle Köln: Gustav-Heinemann-Ufer 56, 50968 Köln
 Tel. 0221 / 340 29-180, Fax 0221 / 340 29-444

*Freie Mitarbeiterin

Diskussion



Andreas Hermsdorf / pixelio.de

Welches ist die richtige Richtung? Schwarz/Grün oder Rot/Grün/Magenta?

Für oder gegen eine Koalition mit der CDU?

Lange haben die Grünen mit sich gerungen, ob sie eine Koalition mit der CDU eingehen oder mit der SPD und dem Bürgerverein. Letztlich haben sie sich für eine Verbindung mit der CDU entschieden. Thomas Roth und Paul Menz stellen hier die Gründe Pro und Contra dar.

Pro Schwarz-Grün

Es gab sowohl inhaltliche wie auch taktische Gründe, eine Koalition mit der CDU einzugehen.

Flächenverbrauch

Die CDU ist bereit, mit den Grünen den Flächenverbrauch in den nächsten Jahren zu reduzieren. Das geschieht z.B. in der Weise, dass die Vermarktung der Baugrundstücke in Pulheim-Süd (BP 113 u. 114) nicht mehr auf einen Schlag erfolgt, sondern gestreckt wird. Die Partner werden zudem einen Verzicht auf den BP 115 prüfen. Außerdem wird ein Flächenmanagementkonzept erarbeitet. Dieses System soll in der Zukunft eine Innenentwicklung ermöglichen, die das von Grünen und CDU erklärte Ziel im Auge hat: die Einwohnerzahl zu erhalten. Ein Bevölkerungszuwachs wird nicht angestrebt. Die SPD hingegen strebt 5.000 zusätzliche Einwohner in Pulheim an.

Neue Baugebiete und deren Folgekosten

Außer den Baugebieten in Pulheim-Süd sollen keine weiteren Baugebiete im Außenbereich mehr realisiert werden, ein für die Pulheimer Grünen besonders wichtiges Anliegen. Die CDU hat sich auch bereit erklärt, eine systematische Folgekostenberechnung für die Ausweisung neuer Baugebiete zu installieren. Außerdem ist die CDU den Grünen auch bei der Vermarktung von Baugrundstücken entgegen gekommen. Die Errichtung von besonders energieeffizienten Häusern, z.B. Passivhäusern, wird durch ein Anreizsystem gefördert. Das Anreizsystem soll über den Kaufpreis gesteuert werden.

Umweltausschuss

Mit der CDU haben die Grünen seit vielen Jahren erstmals wieder einen Umweltausschuss eingerichtet. Umweltthemen waren in den vergangenen Jahren im Umwelt- und Planungsausschuss angesichts einer Fülle von Planungsfragen zurückgedrängt worden. Die SPD wollte einen Umweltausschuss als eigenen Ausschuss nicht mittragen.

Stadtwerke

Mit der CDU werden die Pulheimer Stadtwerke in ihrer bisherigen Struktur erhalten und fortentwickelt werden. Das Bestreben der Stadtwerke, die Konzessionen für Strom und Gas zu erhalten, wird unterstützt. Außerdem sollen sie in die Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes einbezogen werden.

Mehrheitsverhältnisse

Schließlich sprachen auch taktische Erwägungen für eine Koalition mit der CDU. Schwarz-Grün hat im Rat eine Mehrheit von 3 Stimmen, wobei die Stimme des Bürgermeisters mit berücksichtigt ist. Eine andere Koalition aus SPD-Grünen-Bürgerverein hätte nur eine Stimme Mehrheit gehabt. Hinzu kam, dass eine Koalition aus drei Fraktionen deutlich zerbrechlicher ist als ein Bündnis aus 2 Partnern. *Thomas Roth*

Contra Schwarz-Grün

Sollen die Grünen eine Koalition mit der CDU bilden? Wenn die Entscheidung nicht bereits gefallen wäre, müsste die Antwort lauten: Eher nein! Haben nicht die vergangenen Jahre gezeigt, wie weit diese Partei von unseren Perspektiven einer ökologisch, ökonomisch und sozial ausgerichteten Politik entfernt ist? Erfolgt nicht bisher zahlreiche Ratsbeschlüsse gegen unser Votum? So beispielsweise zur Planung neuer Baugebiete in Pulheim-Süd oder zum Bau eines Möbelkaufhauses. Die Entscheidung über den Hallenbadstandort fiel ohne die von uns vorgeschlagene Bürgerbeteiligung. Unsere Bemühungen um eine Gesamtschule wurden jahrelang blockiert. Ebenso die Bemühungen um Flächenmanagement, Klimaschutzkonzept und Stadtbussystem. Eine bedarfsgerechte Planung von Kinderbetreuungsplätzen wurde verschlafen.

Werden sich die Hoffnungen der Grünen erfüllen?

Der ausgehandelte Koalitionsvertrag weckt Hoffnungen, wesentliche Projekte der Grünen jetzt realisieren zu können. Zweifellos gibt es innerhalb der CDU auch fortschrittliche Kräfte. Aber werden sie sich gegenüber einer eher autokratisch agierenden Führung behaupten können? Werden nicht zahlreiche Punkte der Vereinbarung Absichtserklärungen bleiben? Möglich, dass der CDU viele Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der Grünen nur dazu dienen, trotz eigenen Machtverlusts ihre bisherige Politik fortsetzen zu können. Vereinbarte Projekte drohen im Tagesgeschäft der Politik unterzugehen. Aber auch seitens der Grünen erfordert eine Koalition Kompromisse. Wie viel Anpassung ist ohne eigenen Gesichtverlust möglich?

Wie lautete der Wählerauftrag?

Nicht zuletzt ist zu fragen, welche Wirkung die Entscheidung für eine Koalition mit der CDU auf unsere WählerInnen haben wird. Werden sie unsere Entscheidung mittragen oder werden sie sich enttäuscht von uns abwenden? Unser bisher bestes Wahlergebnis beruhte darauf, dass viele unserer Aufforderung gefolgt sind, „die Weichen neu zu stellen“. Lautete somit der Wählerauftrag, eine Koalition der Wende einzugehen, ein Bündnis eines echten Politikwechsels zu schließen?

Welche Alternativen wären möglich gewesen?

Eine Koalition mit der SPD und dem Bürgerverein hätte sich angeboten. Beide Parteien hatten dazu ihre Bereitschaft bekundet. Zwar hätten zwischen diesen Partnern kontroverse Positionen bestanden. Diese gibt es jedoch auch zwischen Grünen und CDU. Aber mit Sicherheit wären die Schnittmengen übereinstimmender Ziele größer gewesen. Auch eine Konstellation ohne feste Koalitionsbindung und mit wechselnden Mehrheiten, je nach Thematik, wäre möglich gewesen. Nicht die schlechteste Alternative im Sinne einer lebendigen Demokratie. *Paul Menz*

Kraftwerksreststoff-Deponien



Dirk Jansen/BUND

„Zutritt verboten – es könnte giftig werden“

Tickende Zeitbomben in den Tagebauen

Seit Jahrzehnten verbrennt RWE Kohle. Dabei fallen Tonnen von Asche an. Doch wohin damit? Ganz einfach: RWE verklappt die Asche einfach in den Riesenlöchern, die sie vorher gebuddelt hat. Das Problem: Die Aschen enthalten giftige Stoffe, die unser Grundwasser in den nächsten Jahrzehnten bedrohen. Dazu äußert sich hier Dirk Jansen, Geschäftsleiter des Bundes für Umwelt und Naturschutz NRW.

Bei dem Betrieb von Braunkohlekraftwerken fallen erhebliche Mengen Aschen und Schlacken an, die einer für die Umwelt schadlosen Entsorgung zugeführt werden müssen. Die Liste der Schwermetallfracht dieser Reststoffe klingt bedrohlich: Kupfer, Cadmium, Chrom, Zink, Nickel, Quecksilber, Thallium, Blei und Arsen. Hinzu kommen diverse radioaktive Substanzen. Entsorgt werden diese Schadstoffe in sogenannten Kraftwerksreststoffdeponien in den Tagebauen. Doch sind diese auch sicher? Eine aktuelle BUND-Recherche wirft Fragen auf.

Giftstoffe im Grundwasser?

Allein an Schwermetallen landen nach Schätzungen des Öko-Instituts pro Jahr mehrere Tonnen auf den fünf KWR-Deponien im Rheinischen Braunkohlenrevier. Trotz dieses Schadstoffinventars sind die Anforderungen an die Deponierung gering. Weil sich die Abfälle angeblich anfestigen, so die Behörden auf BUND-Anfrage, reiche die Deponieklasse I aus; solche Deponien sind für „nicht gefährliche Abfälle“ bestimmt. Dabei ist laut Landesumweltministerium nicht ausgeschlossen, dass Teile der Deponien nach Ende des Tagebaus „absaufen“. Denn durch das langsam wieder ansteigende Grundwasser kann der Deponiekörper in den Grundwasserstrom gelangen.

Ablagerungen aus den 1950er Jahren?

Erschwerend kommt hinzu, dass die Entsorgung bis in die 1950er Jahre zurückgeht. Es gibt zahlreiche Altablagerungen, so dass es keine allumfassende Information darüber gibt, wo im Rheinischen Braunkohlenrevier Altablagerungen von Schlacken und Aschen aus Braunkohlekraftwerken sind. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass insbesondere die Altablagerungen nicht die Anforderungen der heutigen Deponierung erfüllen.

Sicherheitsleistung und Ewigkeitsschäden?

Auch die gegenüber RWE Power festgelegte Sicherheitsleistung ist nach BUND-Auffassung nicht geeignet, mögliche Ewigkeitsschäden zu begleichen. Auch angesichts der weiteren vom Braunkohletagebau verursachten Folgekosten für Mensch und Umwelt ist es längst überfällig, vom Bergbautreibenden eine Sicherheit in Form eines Ewigkeitslasten-Fonds abzuverlangen. Ansonsten bliebe es dabei: RWE macht die Gewinne, wir Steuerzahler*innen tragen das Risiko.

Anzeige

CLEAN HAUS
Rohr- und Kanalreinigung GmbH

Telefon 02238-30 80 98
www.cleanhaus.eu



Koalition



Über die Pariser Straße sollten alle neuen Baugebiete in Pulheim-Süd mit geplanten 1500 Einwohnern erschlossen werden. Besonders kritisch waren die Haupterschließung vorbei am Kindergarten (rot-weißes Gebäude) und der ursprünglich geplante Ringverkehr über die Londoner Straße. Dank erfolgreicher Koalitionsverhandlungen der Grünen mit der CDU hat der Planungsausschuss am 17. September aber nun eine zweite Erschließung von der Geyener Straße mittels Kreisverkehr auf Höhe der Straße „Am Bendacker“ beschlossen. Auch der Ringverkehr ist nach den letzten Entwürfen vom Tisch.

Erfolg für Pulheim-Süd:

Zweiter Kreisel kommt.

Die Erschließung aller neuen Baugebiete an der Geyener Straße in Pulheim – bekannt unter dem Projektnamen Pulheim Süd – sollte allein über den Kreisel an der Pariser Straße erfolgen. Das Verkehrskonzept, aber auch viele inhaltliche Punkte, stießen in der Bürgerversammlung im Frühjahr auf erhebliche Kritik. Bündnis90/DieGrünen hatten deshalb vor den Kommunalwahlen zugesagt, sich für eine zweite Anbindung und eine Überarbeitung des Planungskonzeptes einzusetzen. Doch was ist hieraus nun geworden?

Im April war das Thema im Planungsausschuss noch vertagt worden. Die Mitglieder sollten die Chance haben, alle Eingaben und Bedenken zu studieren. Das hörte sich erst einmal gut an, doch war die nächste Sitzung erst für den 2. Juli nach den Kommunalwahlen geplant.

Die Ergebnisse der Kommunalwahl am 25. Mai ergaben dann aber eine neue Chance: Denn die CDU hatte keine Mehrheit mehr für ihre Pläne. Nach Sondierungsgesprächen mit SPD, CDU und Bürgerverein konnten die Grünen im Rahmen von Koalitionsverhandlungen die Forderung nach einer zusätzlichen Anbindung und einem großräumigen Verkehrsgutachten erfolgreich durchsetzen.

Der Planungsausschuss setzte die Koalitionsvereinbarung dann am 17. September – ohne Gegenstimme – in einen konkreten Beschluss um.

Kindertagesstätten



Unbeschwerter Kindheit auch im Kindergarten – Pulheim arbeitet daran. Es ist noch viel zu tun.

Kindertagesstätten: Endlich wird investiert

Um den Kita-Notstand abzubauen, plant Pulheim neue Investitionen für über 2.1 Millionen Euro. Derzeit fehlen noch über 170 Kita-Plätze für unter- und überdreijährige Kinder. Überbelegungen in Kindertageseinrichtungen und Engpässe bei der Platzvergabe sind die Folge. Mit mehreren Erweiterungen sollen kurzfristig neue Kita-Plätze geschaffen werden.

Wesentliche Inhalte des Beschlusses sind:

- Ein neues Konzept enthält eine zweite Anbindung in Form eines Kreisverkehrs auf Höhe der Straße „Am Bendacker“.
- Die neuen Baugebiete sollen nur noch in einem kleinen Bereich über die Pariser Straße und damit vorbei am Kindergarten erschlossen werden.
- Es sollen weitere Standorte für den zusätzlichen Kindergarten untersucht werden.
- Ein ganzheitliches Verkehrsgutachten soll erarbeitet werden.
- Das neue Konzept soll in einer erneuten Informationsveranstaltung vorgestellt werden.

Im Zentralort Pulheim ist der Bedarf an neuen Betreuungsplätzen am größten. Daher werden dort gleich zwei Erweiterungen geplant. Die Kita Anemonenweg soll bspw. um zwei Gruppen vergrößert werden. Daneben wird eine neue Kita mit drei Gruppen auf dem Hauptschulgelände geplant. Hierzu werden geeignete Räume umgebaut. In Brauweiler wird die Kita Karl-Zörgiebel-Straße um eine Gruppe vergrößert. Die Kita's St. Bruno in Stommelerbusch und „Miteinander“ in Brauweiler werden jeweils um eine Gruppe erweitert.

Weitere Plätze für Unterdreijährige werden durch Ausbau der Tagespflegeplätze bei Tagesmüttern und -vätern geschaffen. Ein- und zweijährige Kinder finden hier eine optimale und für ihre Bedürfnisse oft bessere Betreuung als in größeren Einrichtungen. Durch eine verbesserte Vertretungsregel (im Krankheitsfall) mit einer eigenen städtischen Angestellten wird zusätzliche Verlässlichkeit für Eltern geschaffen. Eine neue Maßnahme ist die Kindertagesstätten-Bedarfsplanung.

Mit diesen Maßnahmen lässt sich der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz erfüllen. Gleichzeitig können Überbelegungen vermindert werden, so dass eine gute pädagogische Arbeit wieder im gewohnten Rahmen möglich wird. Bündnis90/Die Grünen haben schon in der Vergangenheit immer wieder eine mittel- und langfristige Planung eingefordert, um einen kurzfristigen Platzmangel frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Dies möchte die neue Koalition aus CDU und Grünen nun durch eine solide Kindertagesstätten-Bedarfsplanung erreichen. Diese soll die langfristige Entwicklung der Kinderzahlen in den einzelnen Ortsteilen sowie in neuen Baugebieten berücksichtigen.

Vorstandswahlen



Der neue Vorstand der Pulheimer Grünen: (v.l.n.r) Janka Wyssada (Geschäftsführerin), Bernhard Offermanns (Kassierer), Anja von Marenholtz (Sprecherin) und Klaus Groth (Sprecher)

Marenholtz und Groth als Parteisprecher bestätigt

Auf ihrer Stadtverbandssitzung am 1. Oktober 2014 haben die Pulheimer Grünen ihren Vorstand für die nächsten zwei Jahre neu gewählt. Vorstandssprecherin Anja von Marenholtz und Stadtverbandssprecher Klaus Groth wurde einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.

Als neuer Kassierer wurde Bernhard Offermanns aus Sinnersdorf gewählt. Er tritt die Nachfolge Frank Fischell an, der aus beruflichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stand. Als neue Geschäftsführerin wurde Janka Wyssada, ebenfalls aus Sinnersdorf, gewählt. Der Vorstand wird durch die drei Beisitzer, Gabi Pannes, Friederike Heyers und Günter Zaar vervollständigt.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Klaus Groth zuvor auf das beste Wahlergebnis der Grünen in Pulheim und die positive Mitgliederentwicklung verwiesen. Am 25. Mai 2014 konnten die Grünen 14,91 Prozent erzielen und sitzen nun mit acht Personen im Rat.

Ausschüsse



Foto: Rike/pixello.de

Bewahrung der Schöpfung – ein wichtiges Thema in Pulheim

Pulheim hat einen Umweltausschuss

Ein wichtiges Anliegen der Grünen nach der Kommunalwahl im Mai ist umgesetzt: Pulheim hat jetzt endlich wieder einen eigenen Umweltausschuss.

Umweltfragen sind viele Jahre im Umwelt- und Planungsausschuss untergegangen. In diesem Ausschuss standen häufig Planungsfragen im Vordergrund. Daher war es den Grünen ein besonderes Anliegen, den Belangen unserer Umwelt die nötige Geltung zu verschaffen. Das ist gelungen. Am 1. Juli hat der Rat einstimmig die Bildung eines eigenständigen Umweltausschusses beschlossen.

Doch nicht nur das: Der Umweltausschuss hat auch erheblich mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen als ihm früher zustanden. So entscheidet der Ausschuss z.B. über ein Klimaschutzkonzept sowie über die Aufstellung einer Messstation zur Messung von Feinstaubbelastungen. Selbstverständlich bleibt der Ausschuss in baurechtliche Planungen und auch in Verkehrsplanungen eingebunden. Der Ausschuss soll schließlich Kriterien für die Pachtvergabe von Land an Ökolandwirte und zur Förderung von ökologischem Landbau erstellen.

Wie es sich gehört, wird der Ausschuss von einem Grünen geleitet: Herrn Dr. Axel Nawrath.

Koalition



Koalitionsvertrag und grünes Wahlprogramm – ein Vergleich

„Unsere Stadt soll grüner und lebendiger werden“ lautete das Ziel, mit dem die Pulheimer GRÜNEN zur Kommunalwahl im Mai angetreten sind. Die Wahl ist vorbei und die Koalition zwischen der Pulheimer CDU und den GRÜNEN beschlossene Sache. 100 Tage danach ist es Zeit zu fragen: Welche Punkte des grünen Wahlprogramms konnten im Koalitionsvertrag schriftlich fixiert werden?

Finanzen, Haushalt und Wirtschaft

Im ersten Punkt des Koalitionsvertrages wird die Erstellung des Wirtschaftsförderkonzepts verankert, wie es die Pulheimer GRÜNEN bereits in ihrem Wahlprogramm gefordert hatten. Als Zielvereinbarung für das Konzept beschreibt der Koalitionsvertrag, den Einzelhandel in den Ortskernen der Stadtteile zu schützen. Eine wesentliche Forderung der GRÜNEN wurde damit übernommen und zeitlich konkretisiert, um einen zügigen Ausbau zu gewährleisten. Ähnlich sieht es beim Ausbau und der Qualitätssicherung der offenen Ganztagsgrundschulen aus. Auch hier einigten sich CDU und GRÜNE auf den Ausbau sowie eine angemessene finanzielle Ausstattung.

Kinder, Jugend und Familie

CDU und GRÜNE einigten sich darauf, die Betreuungsangebote für U3- und Ü3-Kinder innerhalb von 24 Monaten bedarfsgerecht auszubauen. Eine Kernforderung der GRÜNEN wurde damit übernommen und zeitlich konkretisiert, um einen zügigen Ausbau zu gewährleisten. Ähnlich sieht es beim Ausbau und der Qualitätssicherung der offenen Ganztagsgrundschulen aus. Auch hier einigten sich CDU und GRÜNE auf den Ausbau sowie eine angemessene finanzielle Ausstattung.

Bildung und lebenslanges Lernen

Auch beim Thema Bildung finden sich die grünen Forderungen zur Kommunalwahl im Vertragstext wieder. Nicht nur eine generelle Unterstützung der Gesamtschule Brauweiler ist politischer Konsens zwischen CDU und GRÜNEN, sondern auch die Förderung von Schulsozialarbeit und Inklusion an allen Pulheimer Schulen.

Mitbestimmung und Bürgerrechte

Die Forderung nach besserer und schnellerer Information seitens der Stadtverwaltung und des Rates für alle Bürgerinnen und Bürger fand als grüne Kernforderung gleichfalls Eingang in den Koalitionsvertrag.

Mobilität und Verkehr

Wenn es um das Thema „Mobilität und Verkehr“ geht, waren die Pulheimer GRÜNEN schon lange für die Einführung eines lokalen Mobilitätskonzepts. Umso positiver ist es zu bewerten, dass der Koalitionsvertrag festsetzt, dass ein Mobilitätskonzept erarbeitet wird, um so den überarbeiteten Nahverkehrsplan und das Teilklimaschutzkonzept zu ergänzen.

Klima, Umwelt und Stadtplanung

Unter diesem Vertragspunkt bleiben noch kontroverse Positionen bestehen. Während bei der Erstellung eines umfassenden Klimaschutzkonzepts, wie es das grüne Wahlprogramm gefordert hatte, noch Konsens zwischen den Parteien besteht, wurden signifikante Kernforderungen der GRÜNEN, wie die Verhinderung weiterer Braunkohlekraftwerke in Niederaußem, nicht im Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Allerdings vereinbarten CDU und GRÜNE die Errichtung einer Messstation zwecks Messung aktueller Feinstaubbelastungen, auch eine wichtige Forderung aus dem grünen Wahlprogramm.

Letztlich weisen das grüne Kommunalwahlprogramm von 2014 und der Koalitionsvertrag in vielen essentiellen Punkten große Überschneidungen auf, so dass der Umsetzung von grünen Zielen in dieser Legislaturperiode ein erfolgversprechender Weg bereitet worden ist.

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Stadtverband Pulheim, c/o Roßackerweg 27, 50259 Pulheim, **Redaktion:** Thomas Roth, Klaus Groth, Dr. Axel Nawrath, Anja von Marenholtz, Paul Menz, Janka Wyssada **Gestaltung:** Graf-Luxen, Köln, info@graf-luxen.de **Druck:** Caritas Wertarbeit, Heinrich-Rohmann-Str. 13, 50829 Köln, **Auflage:** 25.000 Exempl. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Spendenkonto:** Volksbank Erft eG, BLZ 370 692 52, Kto.Nr. 640 344 9030

Satire

Die Koa-Kröte – ein unbekanntes Tier



Die Grünen haben die Koa-Kröte entdeckt – eine Art, mit der sie erst umzugehen lernen müssen. Kröten gehören zu einer Gattung, die schon uralt ist. Anhand von Fossilfunden können sie bis in den Jura und die Kreidezeit zurückverfolgt werden. Doch die Grünen in Pulheim haben nun eine Art gefunden, die hierzulande bislang völlig unbekannt war: die Koalition-Kröte, kurz die Koa-Kröte. Ein Tier, das sich durch eine warzige und drüsenreiche Haut auszeichnet. Es sieht also eher abstoßend aus. Man mag sie nicht ansehen und schon gar nicht anfassen. Sie besitzt – wie andere Kröten auch – kurze Hinterbeine. Lügen haben bekanntlich kurze Beine.

Damit vereint die Koa-Kröte viele Eigenschaften in sich, die auch die herkömmliche Kröte aufweist. Der Grund: In den Warzen wie auch in den Parotiden münden Drüsen, die Hautgifte absondern können.

Es gibt aber noch mehr Gemeinsamkeiten der Koa-Kröte mit der herkömmlichen Kröte: Während sie sich aufplustert, macht sie gern dicke Backen und riskiert mit Vorliebe eine dicke Lippe. Zudem quakt sie gern laut, so dass man sich von ihr gestört fühlt, vorzugsweise zu Zeiten, in denen man gern darauf verzichten möchte. Im Unterschied zu anderen Krötenarten, deren Farbe ja bekanntlich GRÜN ist, ist dieses Tier aber tiefschwarz. Und die Koa-Kröte unterscheidet sich von herkömmlichen Kröten noch in einer anderen Eigenschaft ganz besonders: Um zu leben, schluckt sie nicht, sondern sie wird geschluckt. Nur so kann sie überleben.

Besser grün werden als sich schwarz ärgern!

✓ Ja, ich möchte Mitglied bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden!

Senden Sie mir die notwendigen Unterlagen an meine Adresse!

Vorname	Name
Straße/Nr.	PLZ/Ort
Telefon	E-Mail

Bitte ausfüllen und einsenden an: BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Roßackerweg 27, 50259 Pulheim

www.gruene-pulheim.de
info@gruene-pulheim.de
Tel. 0 22 38 – 15 32 4

Die Daten werden ausschließlich zur Zusendung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Die obige Bekundung stellt noch keine Erklärung der Mitgliedschaft dar.